

# Subventionsvertrag

zwischen

der Stadt Bern, handelnd durch den Gemeinderat, vertreten durch die Präsidialdirektion, Erlacherhof, Junkerngasse 47, 3011 Bern

(im Folgenden Stadt)

und

der Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule, handelnd durch die von der Vollversammlung und der Koordinationsgruppe delegierten Personen, Postfach 5053, 3001 Bern

(im Folgenden IKUR)

Die Stadt und die IKUR vereinbaren, gestützt auf Artikel 17 Absatz 2 der Gemeindeordnung der Stadt Bern vom 2. Dezember 1998, das Folgende:

## 1. Allgemeines

### Art. 1 Gegenstand des Vertrags

Dieser Vertrag regelt die Subventionierung der Leistungen der IKUR in der Reitschule Bern gemäss den Artikeln 2 und 3 durch die Stadt sowie die damit verbundenen Rechte und Pflichten der Vertragsparteien. Er respektiert im übrigen die Autonomie der IKUR.

## 2. Leistungen der IKUR

### Art. 2 Angebote und Tätigkeiten

<sup>1</sup>Die IKUR betreibt in der Reitschule Bern ein Kultur- und Begegnungszentrum.

<sup>2</sup>Das von der Stadt unterstützte Angebot umfasst insbesondere folgende Aktivitäten und Einrichtungen:

- a. Cafeteria: Begegnungsort mit Bar;
- b. Dachstock: Veranstaltungsort für Konzerte, Discos, Performances;
- c. Kino: Studiofilmclub mit thematischen Filmreihen, Festivals und Rahmenveranstaltungen sowie Kinobar;
- d. Tojo Theater: Raum für freie Theaterschaffende und -gruppen; Programm mit professionellem und semi-professionellem Theaterschaffen;
- e. Körper Dojo: Raum für Körperarbeit und -schulung mit Proben, Trainings und Workshops in Tanz, Theater, Gymnastik, Kampfsport;
- f. Sous le pont: Selbstverwaltetes Restaurant als Treffpunkt für alle mit „offene Bühne“ für kulturelle Veranstaltungen sowie Bar mit Anlässen für den politischen Austausch;
- g. Frauenraum: Ort für Kultur von Frauen in vielen Formen, für Frauen und Männer.

<sup>3</sup>Die Reitschule informiert die Medien über ihre Veranstaltungen.

### Art. 3 Leistungsmerkmale

<sup>1</sup> Die in Artikel 2 genannten Einrichtungen und Aktivitäten werden von Arbeitsgruppen getragen.

<sup>2</sup> Die Reitschule und ihr Angebot stehen allen sozialen Gruppen offen. Die Eintritts- und Konsumationspreise sind sozialverträglich. Es besteht kein Konsumationszwang.

<sup>3</sup> Die IKUR

- a. arbeitet mit anderen Institutionen und Organisationen beim Entwickeln und beim Durchführen von Projekten und Veranstaltungen zusammen, insbesondere mit dem Verein Trägerschaft Grosse Halle;
- b. fördert die Zusammenarbeit zwischen arrivierten und weniger erfahrenen Kulturschaffenden;
- c. fördert den interkulturellen Austausch;
- d. nimmt Rücksicht auf die Anwohnerinnen und Anwohner.

### **3. Rahmenbedingungen**

#### **Art. 4 Räume, Infrastruktur**

Die Stadtbauten Bern stellen der IKUR die Reitschule (ohne Grosse Halle) mietweise zur Verfügung. Der Mietvertrag zwischen Stadtbauten Bern und der IKUR ist bezüglich Laufzeit und Geltungsperiode mit diesem Leistungsvertrag identisch.

#### **Art. 5 Vorplatz**

<sup>1</sup> Der Vorplatz zwischen der Reitschule und dem SBB-Viadukt ist Bestandteil des Mietvertrags nach Artikel 4.

<sup>2</sup> Die IKUR strebt auf dem Vorplatz vielfältige Aktivitäten unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen an und ergreift dafür Initiativen..

<sup>3</sup> Die Stadt unterstützt die IKUR bei der Erfüllung der Aufgabe nach Absatz 2.

#### **Art. 6 Bewilligungen**

Die IKUR verpflichtet sich, die erforderlichen Bewilligungen im Zusammenhang mit dem Betrieb der Reitschule (ohne Grosse Halle) einzuholen.

#### **Art. 7 Personal**

Die IKUR ist für das Personalwesen verantwortlich. Sie erfüllt dabei die gesetzlichen Bestimmungen (insbesondere OR, ArG, GIG, DSG).

#### **Art. 8 Zugang für Menschen mit Behinderung**

Die IKUR ermöglicht mit geeigneten Massnahmen Menschen mit einer Behinderung den Zugang zu seinem Programm, soweit dies im Rahmen ihrer Zuständigkeit liegt.

#### **Art. 9 Umweltpolitische Grundsätze**

Der Verein hält die umweltpolitischen Grundsätze des Gemeinderats vom 26. November 2003 ein. Diese bilden einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrags.

#### **Art. 10 Zusammenarbeit**

<sup>1</sup> Die IKUR strebt eine sinnvolle Zusammenarbeit mit anderen kulturellen und Bildungsinstitutionen sowie mit Kulturschaffenden in der Region an.

<sup>2</sup> Zum Erbringen ihrer Leistungen und im Rahmen ihres Budgets beteiligt sie sich angemessen an gemeinsamen Vorhaben der kulturellen Institutionen und Kulturschaffenden in der Region.

#### **Art. 11 Hinweis**

Die IKUR weist in ihren Publikationen und im Rahmen ihrer Öffentlichkeitsarbeit in geeigneter Weise auf die gemäss diesem Vertrag geleistete Unterstützung durch die Stadt hin.

#### **Art. 12 Statuten, Leitbilder und Reglemente**

Die IKUR bringt der Stadt Änderungen von Statuten, Leitbildern und Reglementen zur Kenntnis.

#### **Art. 13 Austausch und Zusammenarbeit**

<sup>1</sup> Mit periodischen Gesprächen zwischen der Stadtverwaltung und der IKUR wird der kontinuierliche Austausch und die gute Zusammenarbeit sichergestellt.

<sup>2</sup> Die Stadt nimmt dabei in zeitlicher Hinsicht Rücksicht auf die basisdemokratische Struktur der IKUR.

### **4. Finanzen und Berichterstattung**

#### **Art. 14 Pauschale Abgeltung**

Die Stadt leistet eine globale Abgeltung von Fr. 378'780.- pro Kalenderjahr. Davon werden: 318'780 Franken entsprechend dem von der IKUR den Stadtbauten Bern gemäss Mietvertrag geschuldeten Mietzins jährlich im voraus per 1. Januar an die Stadtbauten Bern und 60'000 Franken als gebundener Beitrag an die Nebenkosten jährlich im voraus per 1. Januar an die IKUR überwiesen.

#### **Art. 15 Rechnung**

<sup>1</sup> Die IKUR führt eine kaufmännische Buchhaltung nach den Artikeln 957 ff. des Schweizerischen Obligationenrechts.

<sup>2</sup> Sie weist über den Zeitraum dieses Vertrags ein mindestens ausgeglichenes Rechnungsergebnis aus.

<sup>3</sup> Überschüsse und Fehlbeträge sind Sache der IKUR.

#### **Art. 16 Internes Kontrollsystem**

Die IKUR verfügt über ein wirksames internes Kontrollsystem.

#### **Art. 17 Revision**

<sup>1</sup> Die IKUR bestimmt ihre Revisionsstelle und deren Mandat im Rahmen der gesetzlichen und statutarischen Vorgaben selbst.

<sup>2</sup> Die Revisionsstelle muss befähigt sein, die ihr obliegenden Aufgaben zu erfüllen.

#### **Art. 18 Berichterstattung**

<sup>1</sup> Die IKUR berichtet der Abteilung Kulturelles der Stadt (Abteilung) jährlich vier Monate nach Abschluss des Geschäftsjahres anhand eines von der Abteilung festgelegten Rasters, wie die Leistungen erbracht und die Wirkungen erzielt, welche Mittel dafür eingesetzt worden sind und welcher Eigenfinanzierungsgrad erreicht worden ist. Sie weist Abweichungen von den Vorgaben und Zielen nach diesem Vertrag aus und begründet diese.

<sup>2</sup> Sie unterbreitet der Abteilung die genehmigte und durch die Revisionsstelle geprüfte Jahresrechnung samt Jahresbericht, den Finanz- und Investitionsplan für das folgende Jahr.

<sup>3</sup> Sie informiert die Abteilung umgehend über besondere Vorkommnisse, die für die Erfüllung dieses Vertrags von Bedeutung sein können.

<sup>4</sup> Die Abteilung ist berechtigt, jederzeit in die finanziellen Unterlagen der IKUR Einsicht zu nehmen.

#### **Art. 19 Controlling**

<sup>1</sup> Die Abteilung Kulturelles prüft die Berichte sowie die weiteren ihr unterbreiteten Dokumente und gibt bei Bedarf Empfehlungen an das zuständige Organ der IKUR ab.

<sup>2</sup> Sie kann dafür Fachpersonen beiziehen. Diese geniessen freien Eintritt zu allen Veranstaltungen (jeweils 2 Eintritte).

### **5. Schlussbestimmungen**

#### **Art. 20 Inkrafttreten und Geltungsdauer**

<sup>1</sup> Dieser Vertrag tritt auf den 1. Januar 2008 in Kraft.

<sup>2</sup> Er gilt unter Vorbehalt von Artikel 22 bis zum 31. Dezember 2011.

<sup>3</sup> Die Parteien erklären die Absicht, rechtzeitig vor dem Ende der Laufzeit Verhandlungen über den Abschluss einer Folgevereinbarung aufzunehmen. Will die Stadt das Vertragsverhältnis nicht erneuern, teilt sie dies dem Verein bis am 31. Dezember 2009 schriftlich mit.

#### **Art. 21 Änderungen**

<sup>1</sup> Die Bestimmungen über die Leistungen der IKUR und über die Wirkungen nach den Artikeln 2 und 3 können im gegenseitigen Einvernehmen der Vertragsparteien geändert werden.

<sup>2</sup> Die Parteien verpflichten sich zu entsprechenden Verhandlungen, wenn sich die tatsächlichen Verhältnisse erheblich verändert haben. Ein Anspruch auf Änderung dieses Vertrags während der Vertragsdauer besteht nicht.

<sup>3</sup> Zuständig für Änderungen ist seitens der Stadt der Gemeinderat.

#### **Art. 22 Kündigung**

<sup>1</sup> Bei Vertragsverletzungen kann jede Partei den Vertrag vorzeitig kündigen.

<sup>2</sup> Dies gilt für die Stadt insbesondere dann, wenn die IKUR:  
die Leistung trotz vereinbarter Massnahmen nicht erbringt;  
der Stadt falsche Auskünfte erteilt;  
Steuern oder Sozialabgaben nicht bezahlt hat;

sich in einem Konkursverfahren oder in einem aussergerichtlichen Nachlassverfahren befindet oder von Gesetzes wegen aufgelöst wird (Art. 77 f Zivilgesetzbuch).

<sup>2</sup> Sparmassnahmen der Stadt gelten nicht als wichtige Gründe für eine vorzeitige Vertragsauflösung.

<sup>3</sup> Die Kündigungsfrist bei einer vorzeitigen Kündigung gemäss Absatz 1 beträgt 3 Monate auf Ende eines Monats.

<sup>4</sup> Bei Kündigung wegen Vertragsverletzung bleibt die Rückforderung bereits erbrachter Leistungen oder Abgeltungen für das laufende Kalenderjahr vorbehalten.

<sup>5</sup> Zuständig für die Kündigung ist seitens der Stadt der Gemeinderat.

#### **Art. 23** Ergänzendes Recht

Soweit dieser Vertrag keine besonderen Bestimmungen enthält, gelten sinngemäss die allgemeinen vertragsrechtlichen Bestimmungen des Schweizerischen Obligationenrechts.

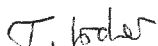
Bern,

Für die Präsidialdirektion der Stadt Bern



Alexander Tschäppät, Stadtpräsident

Für den Verein Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule Bern



#### **Anhang**

Umweltpolitische Grundsätze des Gemeinderats der Stadt Bern vom 26. November 2003



Telefon 031 321 62 00  
Fax 031 321 60 10  
stadtkanzlei@bern.ch  
www.bern.ch

Bern, 26. November 2003

## **Umweltpolitische Grundsätze des Gemeinderates der Stadt Bern**

Gestützt auf Artikel 8 der Gemeindeordnung vom 3. Dezember 1998 hat der Gemeinderat folgende umweltpolitischen Grundsätze beschlossen:

### **Die Stadt Bern entwickelt sich nachhaltig**

Bern handelt. Heute für morgen. Im Bestreben, auch den nächsten Generationen gute Lebensbedingungen zu erhalten, wird die nachhaltige Entwicklung zur Leitidee des städtischen Wirkens gemacht. Planen und Handeln sind darauf ausgerichtet, den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Stadt zu erhalten. Dabei werden ökologische, ökonomische und soziale Kriterien in die Entscheidungsfindung einbezogen und die Ansprüche wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, gesellschaftlichen Wohlergehens und gesunder Umwelt ins Gleichgewicht gebracht. Die aktive Beteiligung der Bevölkerung wird gefördert.

### **Handlungsfelder**

#### **1. Wohnen, Siedlung**

Die Stadt strebt ein vielfältiges und neues Angebot an Wohnraum an, insbesondere auch für Familien. Zur Vermeidung der Zersiedelung, welche den Landschaftsraum um Bern und den Erholungswert der Grün- und Freiräume verändert, wird eine Siedlungsentwicklung nach innen angestrebt.

#### **2. Verkehr**

Ziel ist die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs bei gleichzeitigem Ausbau des öffentlichen Verkehrsangebotes sowie die Sicherstellung, Ergänzung und attraktive Ausgestaltung von Flächen und Achsen für den Fussgängerverkehr und deren Zusammenschluss zu Netzen. Der Veloverkehr wird durch Sicherstellung, Ergänzung und Gestaltung des bestehenden Netzes gefördert. Der Gebrauch umweltfreundlicher Antriebstechnologien wird gefördert.

### **3. Energie**

Die Stadt strebt eine nachhaltige Energienutzung und -versorgung an. Der Verbrauch an fossilen Energien gemäss CO<sub>2</sub> Gesetz soll reduziert werden. Die Stadt Bern will das Label „Energistadt“ behalten.

### **4. Luft**

Die Konzentration der Schadstoffe in der Atemluft soll auf ein für die Gesundheit von Mensch, Tier und Pflanzen unbedenkliches Risiko gesenkt werden (mindestens Einhaltung der Grenzwerte gemäss Luftreinhalteverordnung).

### **5. Lärm**

Die Wohnqualität soll auch an Strassen mit Grenzwertüberschreitungen verbessert werden. Die Stadt realisiert Sanierungen gemäss Lärmschutz-Verordnung (LSV). Höchste Priorität wird Massnahmen in Wohngebieten eingeräumt.

### **6. Abfälle**

Die städtische Abfallentsorgung und Bewirtschaftung ist dem Prinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Als Grundsätze gelten: Vermeiden, vermindern, verwerten und umweltgerecht behandeln.

### **7. Wasser**

Die Stadt setzt sich für einen schonenden Umgang mit der Ressource Wasser ein. Dem natürlichen Wasserkreislauf wird sowenig Wasser wie möglich und nur soviel wie nötig entzogen. Das Wasser wird gereinigt in den Wasserkreislauf zurückgegeben.

### **8. Natur**

Die Artenvielfalt und Funktionsfähigkeit ökologischer Systeme soll erhalten bleiben. Die dazu notwendigen Freiräume werden geschützt.

### **9. Gesellschaft**

Die Stadt Bern plant, realisiert und verwaltet nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Die Bevölkerung ist über die Ziele der nachhaltigen Entwicklung informiert und wird bei der Realisierung miteinbezogen.

### **10. Regionale Zusammenarbeit**

Bei der Suche nach tragfähigen Lösungen von grenzüberschreitenden Problemen arbeitet die Stadt im Rahmen des Vereins Region Bern und gegebenenfalls weitergehend mit andern Gemeinden zusammen.

Dr. Klaus Baumgartner  
Stadtpräsident

Irène Maeder van Stuijvenberg  
Stadtschreiberin